

673/AE XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Langthaler Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde
betreffend umfassenden Schutz für Wale

Seit 1986 besteht ein Moratorium für den kommerziellen Walfang und seit 1994 wurde ein Schutzgebiet im Meer um die Antarktis (sog. Southern Ocean Sanctuary) eingerichtet. Japan tötet in diesem Schutzgebiet Zwergwale aus „wissenschaftlichen Gründen“. Norwegen erkennt das Moratorium nicht an und tötet im Nordatlantik Zwergwale aus kommerziellen Gründen. Ein derzeit der IWC vorliegender irischer Vorschlag soll ein Managementkonzept zur Regelung des Küstenwalfangs zur lokalen Nutzung festlegen, während im übrigen ein globales Walschutzgebiet eingerichtet werden soll. Bei der nächsten Jahrestagung der IWC im Mai 1998 wird daher dieses Thema zur Diskussion stehen.

Österreich tritt als Vertragspartei des IWC für den umfassenden Schutz der Wale ein. Mit dem Ziel der langfristigen Verankerung von Umweltthemen in der IWC hatte Österreich bereits bei der 48. Jahrestagung in Aberdeen bei der Einsetzung einer ständigen Arbeitsgruppe eine führende Rolle gespielt. In Fortsetzung dieser Bemühungen legte Österreich eine Resolution vor, die die Erforschung und Berücksichtigung negativer Umwelteinflüsse wie Lärm, UV - Strahlung, chemische Verunreinigungen, etc. auf Wale vorsieht. Diese Resolution wurde von 15 Staaten unterstützt und mit Konsens angenommen. Zur Fortsetzungen der österreichischen Bemühungen um den Walschutz stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung wird ersucht, bei der nächsten Tagung der Internationalen Walfangkommission im Mai 1998 alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Moratorium für den kommerziellen Walfang nicht aufgehoben wird. Weiters wird ersucht, sich gegen jede Art von Walfang auszusprechen. Für Wale tödliche Forschungsmethoden wären unbedingt einzustellen. Der Schutz für alle Wale inkl. Kleinwale und Delfine wäre nach Möglichkeit auszudehnen.
In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischer Ausschuß vorgeschlagen.